> > > Wir sind für alle da! < < <
Freie Kfz-Meisterwerkstatt für alle Fahrzeuge
AUTOGLAS SPEZIALIST
STEINSCHLAG?
WIR SORGEN WIEDER FÜR KLARE SICHT!
✔ KFZ-GLAS ALLER ART
✔ STEINSCHLAG-REPARATUR
✔ SCHEIBENTAUSCH
✔ ALLE MARKEN
Meisterhaft SERVICE
REPARATUREN ALLER ART
KLIMA-DESINFEKTION KLIMA-SERVICE
INSPEKTIONS-SERVICE
REIFEN-SERVICE MIT EINLAGERUNG
MOTOR-DIAGNOSE
UNFALL-INSTANDSETZUNG
ACHS-VERMESSUNG
ERSATZ-WAGEN
Prüfstützpunkt der KÜS COBURG
HU AU 79,00 €
Wir prüfen
Mo. / Di. / Mi. Do. / Fr. / Sa.
und freuen uns auf Ihren Besuch.
*durch Prüfstützpunkt der KÜS COBURG
Fam. S. Lehmann Inhaber Ben Lehmann
Walkmühlenweg 2 • 98646 Hildburghausen • ☎ 0 36 85 / 70 82 08
Meisterhaft auto reparatur

PKW Ankauf/Export
Tel.: 0160 / 94 16 68 97
u. 0 36 86 / 61 61 56
BEEZIS KFZ-Handel
SOFORT-BARGELD
Auch Unfall- & Motorschaden

Berauscht unterwegs

Hildburghausen (ots). Beamte der Hildburghäuser Polizei kontrollierten am Sonntagabend einen 24-jährigen DaimlerChrysler-Fahrer in der Friedrich-Rückert-Straße in Hildburghausen. Während der Kontrolle bemerkten die Polizisten drogentypische Ausfallerscheinungen und ein freiwillig durchgeführter Drogenvortest reagierte positiv auf Cannabis. Die Blutentnahme und die Untersagung der Weiterfahrt waren die Folge.

NEU • NEU • NEU • NEU
KFZ-HANDEL
Adler EU-Neuwagen
GW - An- und Verkauf aller Marken
Finanzierung mit und ohne Anzahlung • Garantie • Barankauf
Themar, Meininger Str., Ortsausgang ✆ 03 68 73 / 68 88 32
kfzhandeladler@t-online.de

Gedenken an Opfer des Nationalsozialismus

Hildburghausen. Am 27. Januar 1945 befreiten Truppen der Roten Armee das Vernichtungslager Auschwitz- Birkenau.

Der Name „Auschwitz“ wurde zum Symbol der Shoa, der Vernichtung der europäischen Juden durch das mörderische System der deutschen Nationalsozialisten. Von den mehr als 5,6 Millionen Opfern des Holocaust[1] wurden etwa 1,1 Millionen Menschen, darunter eine Million Juden, in Birkenau ermordet. Herkunftsländer der meisten Ermordeten waren Belgien, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien, Jugoslawien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Polen, Rumänien, Sowjetunion, Tschechoslowakei und Ungarn. Auch Angehörige der Sinti und Roma fielen dem dortigen Terror zum Opfer.

Auf eine Initiative des damaligen Bundespräsidenten Roman Herzog hin wird der 27. Januar seit 1996 als „Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus“ begangen. Die Vereinten Nationen erklärten den 27.Januar zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust.

In Hildburghausen wird am Montag, dem 29. Januar 2018, um 10.10 Uhr an der Erinnerungsstele in der Gerbergasse der Opfer des Naziterrors gedacht. Sie befindet sich am Standort der letzten jüdischen Synagoge der Stadt.

Die künstlerische Umrahmung wird durch Schüler des Gymnasium Georgianum gestaltet.

Das Bündnis gegen Rechtsextremis lädt alle demokratisch gesinnten Bürgerinnen und Bürger zur Teilnahme ein. Angesichts des in der Region aber auch in ganz Deutschland und Europa spürbaren Rechtsrucks gelte es, an die unvorstellbaren Verbrechen zu erinnern, welche durch rassistische und nationalistisch verblendete Deutsche begangen wurden. Das Hildburghäuser Bündnis möchte damit auch eine Unterstützung für die im Raum Themar gegen die dortigen Neonaziaktivitäten aktiven Bürger signalisieren.

Sehr geehrter Herr Emmert!

Leserinnenbrief. Die LeserInnenbriefe in Ihrer Zeitung lese ich mit Interesse. Ich finde es auch gut, dass unterschiedliche Meinungen abgedruckt werden. So entsteht eine Art Diskussionsforum. Allerdings ist mir Ihre Zeitung zu AFD-lastig geworden durch die Überzahl der Briefe von Herrn Ludwig. Das lässt mich von fern an ein Organ dieser Partei denken... und ich habe schon überlegt, ob ich sie abbestelle.

Was mich neuerlich beunruhigt und sehr unangenehm berührt hat, ist Ihr eigener Diskussionsbeitrag zur Weihnachtsansprache des Bundespräsidenten. Es bleibt Ihnen ja unbenommen, Äußerungen von Herrn Steinmeier zu kritisieren. Aber warum sind Sie derart unhöflich? Warum halten Sie es nicht für nötig, eine Anrede voranzustellen? Warum benutzen Sie geradezu beleidigende, drastische und unbewiesene Formulierungen (z.B.“ein dummer, dummer Mensch“ oder „scheut er sich nicht einmal in seiner Weihnachtsansprache vor Lügen und Fakes zurück“ usw.) Wenn Sie sich von seiner Ansprache nicht „bedudeln“ lassen wollen, warum schalten Sie den Fernseher nicht einfach aus?

Das klingt alles so verächtlich, fast reichsbürgerlich. Haben Sie das nötig?

Ich gehe davon aus, dass Sie Demokrat sind, und demokratische Institutionen sollten mit einer gewissen Achtung behandelt werden, insbesondere von Leuten wie Ihnen, die Meinungen „machen“. Sonst geht es weiter mit unserer politischen Kultur den Bach herunter. Und was dann? Was würden Sie dann an die Stelle der Demokratie setzen?

Bundespräsident Steinmeier macht übrigens gute Sachen. Z. Bsp.: Er ehrte das Engagement der Stadt Themar gegen Rechtsextremismus, er hielt die gewählten Parteien zur Regierungsbildung an.

Mit freundlichen Grüßen
Astrid Rühle
Bedheim

Ludwig, AfD: Macht weiter so!

Leserbrief. Am Tage nach der Bundestagswahl traf Martin „Mr. 100 %“ Schulz die Aussage, dass er in eine Koalition mit Frau Merkel nicht eintreten werde. Die SPD gehe in die Opposition. Das klang gut. Auch Frau Nahles war der Meinung, der CDU ab jetzt täglich in die „Fresse“ hauen zu müssen. „Cool“, dachten da einige, endlich mal was los in Berlin.

Danach sondierte sich Jamaika zu Tode, um den Weg für eine neuerliche schwarz-rote Koalition zu ebnen. Nun wurde wieder sondiert, völlig überraschend brauchte man dazu nicht viel Zeit.

Das Sondierungsergebnis liegt vor – Neuigkeiten stehen nicht drin. Es wird genauso an den Symptomen herumgedoktert wie in den letzten 12 Jahren, große Sprünge und Veränderungen sind nicht dabei. Diese waren auch nicht zu erwarten - ja warum auch? Kämen jetzt umfassende Reformen in den Bereichen Steuern und Abgaben oder gar Rente, müsste man sich fragen, warum diese nicht früher gemacht wurden. Es werden einige kleine Geschenke verteilt, das war es.

Dieses Land aber fit für die Zukunft zu machen, ist definitiv nicht Bestandteil der nächsten Regierung. Keine Lösung für Kinderarmut, keine für Altersarmut. Keinerlei Anreize für qualifizierte Einwanderung nach Deutschland, warum auch. Bei einer Staatsquote von rund 70% wäre der indische Computerfachmann schön doof, nach Deutschland zu kommen. Den angeblichen Fachkräftemangel bekämpfen wir mit einem kräftigen „Ich wüsste nicht, was man hätte besser machen sollen“. Das hätte Stalin auch sagen können. Gleichzeitig stellt man sich hin und feiert sich.

Es gibt Parallelen zu den Jahren 1986/87, in welchen man auch die Anzeichen für das Ende einer Ära nicht sehen wollte. Mit diesem Personal wird es keinerlei Veränderungen geben! Der Macht-Kleber hält die Protagonisten dieses schlechten Schauspiels fest an deren Sitzen.

Die Basis innerhalb der CDU ist noch zu schwach und gefragt wird sie ja eh nie. Der bayerische Löwe wurde abermals wieder zum Bettvorleger degradiert – alles also wie immer.

Bleibt noch die Hoffnung auf die Mitglieder der sonst dem Untergang geweihten SPD. Aber auch da mache ich mir wenig Hoffnung, denn die Charakterköpfe der SPD sind entweder gestorben oder wurden von den vielen allzu willfährigen Speichelleckern der Parteiführung weder ernst genommen noch gefördert.

Will jemand wissen, wie man Parteien ruiniert, schaue er auf die großen deutschen Volksparteien.

Der Herausgeber dieser Zeitung hat völlig Recht, diese politische Klasse hat fertig. Reformunfähigkeit, Reformunwilligkeit verdient kein Vertrauen.

Da hilft es auch gar nichts, wenn sich ein Herr Hauptmann von der CDU hier in bester AfD-Manier über die Kriminalitätsraten von Asylanten beschwert. Er hat diese Situation seit 2015 befürwortet, gedeckt, verteidigt und nichts, gar nichts dagegen unternommen. Nun hier den Wendehals zu markieren, kommt schlecht an, ist aber typisch für die Generation Berufspolitiker mit Ja-Sager-Hintergrund.

Torsten Ludwig
AFD

Bund fördert Schulsanierungen – Thüringen verschläft Abruf der Mittel

Berlin. Über sein Schulsanierungsprogramm unterstützt der Bund seit 2015 gezielt kommunale Investitionen zur Sanierung, zum Umbau und zur Erweiterung von Schulgebäuden. Ein Bericht des Bundesfinanzministeriums über die Umsetzung in den Ländern hat nun gezeigt, dass Thüringen bei der Planung hinterherhinkt. Zum 30. Juni 2017 wurden nur rund 84 Prozent der für Thüringen bereitgestellten Mittel aus dem insgesamt 3,5 Milliarden Euro umfassenden Paket verplant.

Der Südthüringer Bundestagsabgeordnete Mark Hauptmann (CDU) kommentiert: „Die Thüringer Linksregierung muss sich die Frage gefallen lassen, warum andere Bundesländer schon längst alle Mittel verplant haben und Thüringen beim Abruf der Bundesbeteiligung nur auf Platz 13 im Ländervergleich landet. Viele Thüringer Schulen sind sanierungsbedürftig. Die Bundesregierung bietet umfangreiche Mittel als Hilfe an. Die muss Rot-Rot-Grün aber auch abrufen.“

Der Bund hatte im Jahr 2016 die Mittel für Investitionen in die Schulinfrastruktur in einem zweiten Milliardenpaket für die Jahre 2017 bis 2022 noch einmal um 3,5 Milliarden Euro aufgestockt. Damit wurden die Mittel auf insgesamt 7 Milliarden Euro verdoppelt. Thüringen stehen im Rahmen des zweiten Pakets fast 72 Millionen Euro zur Verfügung. Auch vor dem Hintergrund nahm Bundestagsabgeordneter Hauptmann die Aussage des Thüringer Staatssekretärs für Infrastruktur und Landwirtschaft, Klaus Sühl, dass im Bereich Schulsanierung „momentan nur jeder dritte Antrag auf Förderung angenommen werden könne.“ (Tagespresse, Lokalausgabe Schmalkalden, 13.1.2018, Seite 10) mit Verwunderung zur Kenntnis:

„Dass Förderanträge nicht angenommen werden können und gleichzeitig verfügbare Mittel nicht verplant werden, hinterlässt einen fahlen Beigeschmack. Die Landesregierung muss schleunigst die Planung aufnehmen, um auf die vorhandenen Bundesmittel zugreifen zu können und natürlich auch für die entsprechende Kofinanzierung sorgen“, so Hauptmann.

Hintergrund

Für die ausreichende finanzielle Ausstattung der Kommunen sind nach der deutschen Finanzverfassung die Länder zuständig. Dennoch übernimmt hier auch der Bund im Rahmen seiner verfassungsrechtlichen Möglichkeiten Verantwortung und hat 2015 mit der Einrichtung des Kommunalinvestitionsförderungsfonds reagiert. Über diesen Fonds stellt der Bund den Ländern Finanzhilfen zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen zur Verfügung. Die Länder entscheiden dann darüber, welche konkreten Investitionsmaßnahmen gefördert werden und reichen die Bundesmittel entsprechend an die jeweiligen Kommunen weiter. Die Förderquote des Bundes beträgt jeweils bis zu 90 Prozent; der Eigenfinanzierungsanteil der Kommunen von mindestens zehn Prozent kann auch vom jeweiligen Land übernommen werden.

GroKo-Sondierung: Problembaustellen bei Klimapolitik bleiben

Hildburghausen. „Gravierende Problembaustellen bleiben bestehen, für bekannte Schwachstellen gibt es keine Lösung. Das ist ein enttäuschendes Ergebnis der Verhandlungen“, mit diesen Worten kommentiert Steffen Harzer, Abgeordneter der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, das Ergebnis der Sondierungen zwischen CDU, CSU und SPD im Bereich der Energie- und Klimapolitik.

Der Linksfraktionär kritisiert, dass die bekannten Schwachstellen der Energie- und Klimapolitik, wie fehlende Sektorenkopplung, Direktvermarktung von erneuerbaren Energien, fehlende Markteinführung von Speichertechnologien, Abschaffung/Änderung der Ausschreibung von erneuerbaren Energien, Stärkung kommunaler und Bürgerbeteiligungsprojekte und Ausstiegsplan aus der Kohle, wieder nicht angegangen werden. „Außer der Erhöhung des Ziels der erneuerbaren Energien bis 2030 auf 65 Prozent, soll offenkundig nichts geändert werden“, moniert Harzer. Gemessen an den Herausforderungen bedeute dies „nicht nur Stillstand, sondern auch einen Rückschritt in der Energie- und Klimapolitik“, so Harzer. „Es wurde erneut die Chance vertan, etwas gegen den menschengemachten Klimawandel zu tun“, so der Politiker.

Diana Glöckner
Pressesprecherin
Die Linken

Moschee - Neubau in Erfurt

Leserbrief. Nun also doch! Trotz massenhafter Proteste gegen einen Moschee-Bau in Erfurt hörte ich im Thüringer Journal und las es auch in der Zeitung, dass nun doch eine Baugenehmigung von der Stadt Erfurt für die Ahmadyya-Gemeinde erteilt wurde.

Gibt es in Deutschland nicht schon genug Moscheen? Trotz der anders lautenden Kommentare bestimmter Politiker kann ich nicht erkennen, dass der Islam sich historisch in Deutschland entwickelte, noch dass wir Deutschen ihn unbedingt brauchen. Wer muslemischen Glaubens ist, hier leben möchte, und nicht zum Christentum konvertieren möchte, sollte das Ausleben seiner Religion bitte zu Hause tun - entweder in seiner Wohnung oder in die Länder zurück kehren, oder auswandern, wo diese Religion kulturell gewachsen ist.

Was mich besonders wundert, ist, dass unsere christlichen Kirchen nichts gegen die weitere Ausbreitung des Islam tun. Verwunderlich auch deshalb, weil Christen in vielen muslemisch geprägten Ländern verfolgt und oft sogar getötet werden. Man sollte doch einmal in einem solchen Land, z. B. in der Türkei versuchen, eine Baugenehmigung zum Bau einer Christlichen Kirche zu bekommen. Ich glaube, da wird ein solches Ansinnen eine entschiedene Abfuhr bekommen.

Merkt denn niemand von den Politikern, dass Multi Kulti in Deutschland abgewirtschaftet hat?

Seit Jahrhunderten haben sich in Deutschland das Christentum in all seine Formen, der jüdische Glaube und der Atheismus entwickelt. Das reicht doch wohl an religiöser Vielfalt. Flüchtlinge sollten in ihrer Masse hier nicht integriert werden, sondern in ihre Heimatländer zurückkehren, um sich dort für den Wiederaufbau einzubringen.

Mit der weiteren Globalisierung und Digitalisierung der Wirtschaft werden ohnehin viel weniger Arbeitskräfte gebraucht. Aus der Einwohnerzahl in Deutschland von 80 Millionen wurden „über Nacht“ durch Merkelsche Fehlentscheidung plötzlich 82 Millionen Einwohner. Hier ist gar nicht so viel Platz, dass für die zusätzlichen Leute neue Siedlungen, Straßen, gebaut, also neue Infrastrukturen geschaffen werden können.

Ansonsten verändert sich unsere Umwelt, also die uns umgebende Natur endgültig zum Negativen. Da muss man nicht ständig auf die AfD schimpfen, das sagt mir der gesunde Menschenverstand. Übrigens: Schon Altbundeskanzler Helmut Schmidt hat in einem Interview vor zunehmender Einwanderung aus Ländern mit fremden Kulturen gewarnt.

Bodo Heldt
Straufhain

Versammlung des SPD-OV Schleusingen, Themar, Nahetal

Schleusingen. Bei unserer letzten Ortsverein-Mitgliederversammlung war Jens Scheerle aus Jüchsen zu Gast, der eine Arbeitsgruppe zur „Stärkung der SPD in Südthüringen“ angeregt hat. Ziel soll es sein, dass die Ortsvereine enger zusammenarbeiten und in Gedankenaustausch treten, um eine höhere Wirksamkeit der SPD zu erreichen. Mehrere Mitglieder haben sich bereit erklärt, aktiv mitzuarbeiten und die Ergebnisse in den OV-Versammlungen zu diskutieren. Wer Interesse hat in dieser AG mitzuarbeiten (auch nicht SPD-Mitglieder), ist herzlich willkommen.

Zur kommenden Bürgermeister-Wahl für die neue Stadt Schleusingen halten wir es für sinnvoll, dass der Termin von April 2018 verschoben wird. Dadurch wird ermöglicht, dass alle Bürgerinnen und Bürger der Stadt Schleusingen, der Gemeinde Nahetal-Waldau und der Großgemeinde St. Kilian den Bürgermeister nach dem Zusammenschluss im Juli 2018 gemeinsamen wählen können. Dies könnte voraussichtlich Ende August bis Mitte September sein.

Unsere nächste größere Veranstaltung, nach dem Sommerfest am 26. August 2017 in Hinternah, wird am 31. Januar 2018 in Rappelsdorf die OV -Versammlung und gemeinsames Bowling sein.

Zu allen Veranstaltungen sind Interessenten herzlich willkommen und wer diesmal dabei sein will und mit uns ins Gespräch kommen möchte, bitte ich um Anmeldung bis spätestens 22. Januar 2018 per Email spdov.s.t.n@gmail.com oder telefonisch im SPD-Regionalbüro in Hildburghausen Tel.: 03685/706692.

Im Namen des gesamten Ortsvereins
Ute Frach
Vorsitzende
SPD-Ortsverein Schleusingen, Themar, Nahetal

ITM-Blutspende

Suhl. Das Institut für Transfusionsmedizin Suhl führt folgende Blutspendetermine durch:

- Montag, 22. Januar 2018, 17 bis 20 Uhr: Gleicherwiesen, Gemeindesaal, Zum Milzgrund 5,
- Mittwoch, 24. Januar 2018, 16 bis 19 Uhr: Sachsenbrunn, Kindergarten „Fritz Weineck“, Hauptstr. 84,
- Freitag, 26. Januar 2018, 17 bis 20 Uhr: Ummerstadt, Rathaus, Marktplatz 13.